

Nr. 620

## Steuergesetz

Änderung vom 9. März 2009\*

*Der Kantonsrat des Kantons Luzern,*

nach Einsicht in die Botschaft des Regierungsrates vom 23. September 2008<sup>1</sup>,  
*beschliesst:*

### I.

Das Steuergesetz vom 22. November 1999<sup>2</sup> wird wie folgt geändert:

#### **§ 18** *Sachüberschrift sowie Absatz 3 (neu)*

Gesellschaften und kollektive Kapitalanlagen

<sup>3</sup> Das Einkommen der kollektiven Kapitalanlagen gemäss dem Kollektivanlagen-gesetz vom 23. Juni 2006 (KAG)<sup>3</sup> wird den Anlegerinnen und Anlegern anteils-mässig zugerechnet; ausgenommen davon sind die kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz.

#### **§ 22** *Absatz 1*

<sup>1</sup> Die von der Steuerpflicht ausgenommenen begünstigten Personen nach Artikel 2 Absatz 2 des Gaststaatgesetzes vom 22. Juni 2007<sup>4</sup> werden insoweit nicht besteuert, als das Bundesrecht eine Steuerbefreiung vorsieht.

\*K 2009 677 und G 2009 321

<sup>1</sup> KR 2009 131

<sup>2</sup> G 2000 1

<sup>3</sup> SR 951.31. Auf dieses Gesetz wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

<sup>4</sup> SR 192.12

**§ 25** Absatz 2

<sup>2</sup> Zu den Einkünften aus selbständiger Erwerbstätigkeit zählen auch alle Kapitalgewinne aus Veräußerung, Verwertung oder buchmässiger Aufwertung von Geschäftsvermögen. Der Veräußerung gleichgestellt ist die Überführung von Geschäftsvermögen in das Privatvermögen oder in ausländische Betriebe oder Betriebsstätten. Als Geschäftsvermögen gelten alle Vermögenswerte, die ganz oder vorwiegend der selbständigen Erwerbstätigkeit dienen. Gleiches gilt für Beteiligungen von mindestens 20 Prozent am Grund- oder Stammkapital einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft, sofern der Eigentümer oder die Eigentümerin sie im Zeitpunkt des Erwerbs zum Geschäftsvermögen erklärt. § 25b bleibt vorbehalten.

**§ 25a** (neu)  
*Aufschubstatbestände*

<sup>1</sup> Wird eine Liegenschaft des Anlagevermögens aus dem Geschäftsvermögen in das Privatvermögen überführt, kann die steuerpflichtige Person verlangen, dass im Zeitpunkt der Überführung nur die Differenz zwischen den Anlagekosten und dem massgebenden Einkommenssteuerwert besteuert wird. In diesem Fall gelten die Anlagekosten als neuer massgebender Einkommenssteuerwert, und die Besteuerung der übrigen stillen Reserven als Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit wird bis zur Veräußerung der Liegenschaft aufgeschoben.

<sup>2</sup> Die Verpachtung eines Geschäftsbetriebs gilt nur auf Antrag der steuerpflichtigen Person als Überführung in das Privatvermögen.

<sup>3</sup> Wird bei einer Erbteilung der Geschäftsbetrieb nicht von allen Erbinnen und Erben fortgeführt, wird die Besteuerung der stillen Reserven auf Gesuch der den Betrieb übernehmenden Erbinnen und Erben bis zur späteren Realisierung aufgeschoben, soweit diese die bisherigen für die Einkommenssteuer massgebenden Werte übernehmen.

**§ 25b** (neu)  
*Teilbesteuerung der Einkünfte aus Beteiligungen des Geschäftsvermögens*

<sup>1</sup> Dividenden, Gewinnanteile, Liquidationsüberschüsse und geldwerte Vorteile aus Aktien, Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaftsanteilen und Partizipationsscheinen sowie Gewinne aus der Veräußerung solcher Beteiligungsrechte sind nach Abzug des zurechenbaren Aufwands im Umfang von 50 Prozent steuerbar, wenn diese Beteiligungsrechte mindestens 10 Prozent des Grund- oder Stammkapitals einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft darstellen.

<sup>2</sup> Die Teilbesteuerung auf Veräußerungsgewinnen wird nur gewährt, wenn die veräusserten Beteiligungsrechte mindestens ein Jahr im Eigentum der steuerpflichtigen Person oder des Personenunternehmens waren.

**§ 26** *Absatz 1 Einleitungssatz*

<sup>1</sup> Stille Reserven einer Personenunternehmung (Einzelunternehmen, Personengesellschaft) werden bei Umstrukturierungen, insbesondere im Fall der Fusion, Spaltung oder Umwandlung, nicht besteuert, soweit die Steuerpflicht in der Schweiz fortbesteht und die bisher für die Einkommenssteuer massgeblichen Werte übernommen werden:

**§ 27** *Absätze 1c und e sowie 3 und 4 (neu)*

<sup>1</sup> Steuerbar sind die Erträge aus beweglichem Vermögen, insbesondere

- c. Dividenden, Gewinnanteile, Liquidationsüberschüsse und geldwerte Vorteile aus Beteiligungen aller Art (einschliesslich Gratisaktien, Gratisnennwerterhöhungen und dergleichen); ein bei der Rückgabe von Beteiligungen im Sinn von Artikel 4a des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer vom 13. Oktober 1965 (VStG)<sup>5</sup> an die Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft erzielter Liquidationsüberschuss gilt in dem Jahr als realisiert, in welchem die Verrechnungssteuerforderung entsteht (Art. 12 Abs. 1 und 1<sup>bis</sup> VStG); Absatz 3 bleibt vorbehalten.
- e. Einkünfte aus Anteilen an kollektiven Kapitalanlagen, soweit die Gesamterträge die Erträge aus direktem Grundbesitz übersteigen.

<sup>3</sup> Dividenden, Gewinnanteile, Liquidationsüberschüsse und geldwerte Vorteile aus Aktien, Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaftsanteilen und Partizipationsscheinen (einschliesslich Gratisaktien, Gratisnennwerterhöhungen und dergleichen) sind im Umfang von 50 Prozent steuerbar, wenn diese Beteiligungsrechte mindestens 10 Prozent des Grund- oder Stammkapitals einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft darstellen.

<sup>4</sup> Die Rückzahlung von Einlagen, Aufgeldern und Zuschüssen, die von den Inhaberrinnen und Inhabern der Beteiligungsrechte nach dem 31. Dezember 1996 geleistet worden sind, wird gleich behandelt wie die Rückzahlung von Grund- oder Stammkapital.

**§ 27a** *(neu)**Indirekte Teilliquidation und Transponierung*

<sup>1</sup> Als Ertrag aus beweglichem Vermögen im Sinn von § 27 Absatz 1c gilt auch:

- a. der Erlös aus dem Verkauf einer Beteiligung von mindestens 20 Prozent am Grund- oder Stammkapital einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft aus dem Privatvermögen in das Geschäftsvermögen einer anderen natürlichen oder einer juristischen Person, soweit innert fünf Jahren nach dem Verkauf, unter Mitwirkung der verkaufenden Person, nicht betriebsnotwendige Substanz ausgeschüttet wird, die im Zeitpunkt des Verkaufs bereits vorhanden und handels-

<sup>5</sup> SR 642.21

rechtlich ausschüttungsfähig war; dies gilt sinngemäss auch, wenn innert fünf Jahren mehrere Beteiligte eine solche Beteiligung gemeinsam verkaufen oder Beteiligungen von insgesamt mindestens 20 Prozent verkauft werden; ausgeschüttete Substanz wird bei der verkaufenden Person gegebenenfalls im Verfahren nach den §§ 174–178 nachträglich besteuert,

- b. der Erlös aus der Übertragung einer Beteiligung von mindestens 5 Prozent am Grund- oder Stammkapital einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft aus dem Privatvermögen in das Geschäftsvermögen einer Personenunternehmung oder einer juristischen Person, an welcher die veräussernde oder einbringende Person nach der Übertragung zu mindestens 50 Prozent am Kapital beteiligt ist, soweit die gesamthaft erhaltene Gegenleistung den Nennwert der übertragenen Beteiligung übersteigt; dies gilt sinngemäss auch, wenn mehrere Beteiligte die Übertragung gemeinsam vornehmen.

<sup>2</sup> Eine Mitwirkung im Sinn von Absatz 1a liegt vor, wenn die verkaufende Person weiss oder wissen muss, dass der Gesellschaft zwecks Finanzierung des Kaufpreises Mittel entnommen und nicht wieder zugeführt werden.

### § 37 *Absatz 1*

<sup>1</sup> Werden Gegenstände des betriebsnotwendigen Anlagevermögens ersetzt, können die stillen Reserven auf die als Ersatz erworbenen Anlagegüter übertragen werden, wenn diese ebenfalls betriebsnotwendig sind und sich in der Schweiz befinden. Vorbehalten bleibt die Besteuerung beim Ersatz von Liegenschaften durch Gegenstände des beweglichen Vermögens.

### § 39 *Absatz 2*

<sup>2</sup> Bei Liegenschaften im Privatvermögen können die Unterhaltskosten, die Kosten der Instandstellung von neu erworbenen Liegenschaften, die Versicherungsprämien und die Kosten der Verwaltung durch Dritte abgezogen werden.

### § 40 *Absätze 1a, g und k sowie Absatz 2*

<sup>1</sup> Von den Einkünften werden abgezogen:

- a. die privaten Schuldzinsen im Umfang der nach den §§ 27, 27a und 28 steuerbaren Vermögenserträge und weiterer 50 000 Franken; nicht abzugsfähig sind die Baukreditzinsen sowie die Zinsen für Darlehen, die eine Kapitalgesellschaft einer an ihrem Kapital massgeblich beteiligten oder ihr sonstwie nahestehenden natürlichen Person zu Bedingungen gewährt, die erheblich von den im Geschäftsverkehr unter Dritten üblichen Bedingungen abweichen,
- g. die Einlagen, Prämien und Beiträge für die Lebens-, die Kranken- und die nicht unter Absatz 1f fallende Unfallversicherung sowie die Zinsen von Sparkapitalien

der steuerpflichtigen Person und der von ihr unterhaltenen Personen bis zum Gesamtbetrag von

- 4900 Franken für verheiratete Personen, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben;
- 2500 Franken für die übrigen Steuerpflichtigen;

die Abzüge von 4900 Franken beziehungsweise 2500 Franken erhöhen sich um 1400 Franken beziehungsweise 700 Franken für steuerpflichtige Personen ohne Beiträge gemäss Absatz 1d und 1e sowie um 700 Franken für jedes im Sinn von § 42 Absatz 1a abzugsberechtigtes Kind,

- k. die Zuwendungen und Beiträge an die im Kantonsrat vertretenen Parteien, wenn die Zuwendungen in der Steuerperiode 100 Franken erreichen und insgesamt 10 Prozent der um die Aufwendungen nach den §§ 33–40 Absatz 1g verminderten steuerbaren Einkünfte nicht übersteigen, höchstens aber 5300 Franken.

<sup>2</sup> Leben Ehegatten in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe, werden vom Erwerbseinkommen, das ein Ehegatte unabhängig vom Beruf, Geschäft oder Gewerbe des andern Ehegatten erzielt, 4700 Franken abgezogen. Ein gleicher Abzug ist zulässig bei erheblicher Mitarbeit eines Ehegatten im Beruf, Geschäft oder Gewerbe des andern Ehegatten. Die beiden Abzüge können nicht gleichzeitig geltend gemacht werden.

## § 42 *Absatz 1*

<sup>1</sup> Vom Reineinkommen werden abgezogen:

- a. für jedes unmündige oder in Ausbildung stehende Kind, für dessen Unterhalt die steuerpflichtige Person sorgt,
- 6700 Franken, wenn das Kind das sechste Altersjahr noch nicht vollendet hat,
  - 7200 Franken, wenn das Kind das sechste Altersjahr vollendet hat,
  - 12 500 Franken, wenn das Kind in schulischer oder beruflicher Ausbildung steht und sich dafür ständig am auswärtigen Ausbildungsort aufhalten muss,
- b. für jedes im eigenen Haushalt lebende Kind, welches das 15. Altersjahr noch nicht vollendet hat, 2000 Franken für die eigene Betreuung; der Abzug erhöht sich auf höchstens 6700 Franken für Fremdbetreuungskosten, die infolge Berufstätigkeit entstehen,
- c. für jedes im eigenen Haushalt lebende Kind, welches das 15. Altersjahr noch nicht vollendet hat, 2000 Franken für die eigene Betreuung; der Abzug erhöht sich um die ungedeckten Fremdbetreuungskosten, welche infolge schwerer Erkrankung der das Kind betreuenden Person anfallen,
- d. für jede erwerbsunfähige oder beschränkt erwerbsfähige Person, an deren Unterhalt die steuerpflichtige Person mindestens einen Beitrag in der Höhe des Abzugs leistet, 2600 Franken; der Abzug kann nicht beansprucht werden für den Ehegatten oder für Kinder, für die der steuerpflichtigen Person ein Abzug gemäss Absatz 1a oder § 40 Absatz 1c zusteht; verwitweten, in getrennter Ehe lebenden, geschiedenen und ledigen Steuerpflichtigen ohne Kinder, denen der Tarif nach § 57 Absatz 2 zusteht, wird der Abzug nur für unterstützungsbedürftige Personen gewährt, die nicht im Haushalt der steuerpflichtigen Person leben.

**§ 43** Absatz 3

<sup>3</sup> Bei Anteilen an kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz ist die Wertdifferenz zwischen den Gesamtaktiven der kollektiven Kapitalanlage und deren direktem Grundbesitz steuerbar.

**§ 45** *Bewegliches Geschäftsvermögen*

Immaterielle Güter und bewegliches Vermögen, die zum Geschäftsvermögen der steuerpflichtigen Person gehören, werden zu dem für die Einkommenssteuer massgeblichen Wert bewertet.

**§ 57** Absätze 1, 2 und 6

<sup>1</sup> Die Steuer je Einheit beträgt für eine Steuerperiode

0,00 Prozent der ersten	Fr.	9 400.–
0,50 Prozent der nächsten	Fr.	2 300.–
1,00 Prozent der nächsten	Fr.	3 000.–
2,00 Prozent der nächsten	Fr.	1 100.–
3,00 Prozent der nächsten	Fr.	1 100.–
4,00 Prozent der nächsten	Fr.	2 700.–
4,50 Prozent der nächsten	Fr.	4 100.–
5,00 Prozent der nächsten	Fr.	80 500.–
5,25 Prozent der nächsten	Fr.	50 900.–
5,50 Prozent der nächsten	Fr.	25 000.–
5,80 Prozent der nächsten	Fr.	1 804 400.–

Bei Einkommen über 1 984 500 Franken beträgt die Steuer je Einheit 5,7 Prozent des Einkommens.

<sup>2</sup> Für verheiratete Personen, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, sowie für verwitwete, gerichtlich oder tatsächlich getrennt lebende, geschiedene und ledige Personen, die mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen im gleichen Haushalt zusammenleben und deren Unterhalt zur Hauptsache bestreiten, beträgt die Steuer je Einheit für eine Steuerperiode

0,00 Prozent der ersten	Fr.	18 800.–
0,50 Prozent der nächsten	Fr.	3 900.–
1,50 Prozent der nächsten	Fr.	1 000.–
2,50 Prozent der nächsten	Fr.	1 100.–
3,00 Prozent der nächsten	Fr.	2 000.–
3,50 Prozent der nächsten	Fr.	4 000.–
4,50 Prozent der nächsten	Fr.	63 000.–
5,00 Prozent der nächsten	Fr.	36 800.–
5,50 Prozent der nächsten	Fr.	20 000.–
5,80 Prozent der nächsten	Fr.	1 198 300.–

Bei Einkommen über 1 348 900 Franken beträgt die Steuer je Einheit 5,6 Prozent des Einkommens.

Absatz 6 wird aufgehoben.

**§ 59b** (neu)  
*Liquidationsgewinne*

<sup>1</sup> Wird die selbständige Erwerbstätigkeit nach dem vollendeten 55. Altersjahr oder wegen Unfähigkeit zur Weiterführung infolge Invalidität definitiv aufgegeben, ist die Summe der in den letzten zwei Geschäftsjahren realisierten stillen Reserven getrennt vom übrigen Einkommen zu besteuern. Einkaufsbeiträge gemäss § 40 Absatz 1d sind abziehbar. Werden keine solchen Einkäufe vorgenommen, wird die Steuer auf dem Betrag der realisierten stillen Reserven, für den die steuerpflichtige Person die Zulässigkeit eines Einkaufs gemäss § 40 Absatz 1d nachweist, zu einem Drittel der Tarife nach § 57 berechnet. Für die Bestimmung des auf den Restbetrag der realisierten stillen Reserven anwendbaren Satzes ist ein Drittel dieses Restbetrags massgebend, es wird aber in jedem Fall eine Steuer zu einem Satz von mindestens 2 Prozent je Einheit erhoben.

<sup>2</sup> Absatz 1 gilt auch für die überlebenden Ehegatten, die anderen Erbinnen und Erben sowie die Vermächtnisnehmerinnen und Vermächtnisnehmer, sofern sie das übernommene Unternehmen nicht fortführen; die steuerliche Abrechnung erfolgt spätestens fünf Kalenderjahre nach Ablauf des Todesjahres der Erblasserin oder des Erblassers.

**§ 60** *Absatz 3*

<sup>3</sup> Für Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und Genossenschaften, an denen die steuerpflichtige Person zu mindestens 10 Prozent am Grund- oder Stammkapital beteiligt ist, ermässigt sich die Steuer nach den Absätzen 1 und 2 um 40 Prozent.

**§ 62** *Höchstbelastung*

<sup>1</sup> Der Gesamtbetrag der Einkommenssteuer des Staates, der Einwohner- und der Kirchgemeinden darf 22,8 Prozent (Tarif nach § 57 Abs. 1) beziehungsweise 22,4 Prozent (Tarif nach § 57 Abs. 2) des im Kanton Luzern steuerbaren Einkommens nicht übersteigen.

<sup>2</sup> Der Gesamtbetrag der Vermögenssteuer des Staates, der Einwohner- und der Kirchgemeinden darf 3,0 Promille des im Kanton Luzern steuerbaren Vermögens nicht übersteigen.

**§ 63** *Absatz 2*

<sup>2</sup> Den übrigen juristischen Personen gleichgestellt sind die kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz nach Artikel 58 KAG. Die Investmentgesellschaften mit festem Kapital nach Artikel 110 KAG werden wie Kapitalgesellschaften besteuert.

**§ 70** *Absätze 1k sowie n (neu)*

<sup>1</sup> Von der Steuerpflicht sind befreit:

- k. die ausländischen Staaten für ihre inländischen, ausschliesslich dem unmittelbaren Gebrauch der diplomatischen und konsularischen Vertretungen bestimmten Liegenschaften sowie die von der Steuerpflicht befreiten institutionellen Begünstigten nach Artikel 2 Absatz 1 des Gaststaatgesetzes für die Liegenschaften, die Eigentum der institutionellen Begünstigten sind und die von deren Dienststellen benützt werden,
- n. die kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz, sofern deren Anlegerinnen und Anleger ausschliesslich steuerbefreite Einrichtungen der beruflichen Vorsorge nach Absatz 1e oder steuerbefreite inländische Sozialversicherungs- und Ausgleichskassen nach Absatz 1f sind.

**§ 76** *Absatz 4*

<sup>4</sup> Wertberichtigungen und Abschreibungen auf den Gestehungskosten von Beteiligungen, welche die Voraussetzungen von § 83 Absatz 2b erfüllen, werden dem steuerbaren Gewinn zugerechnet, soweit sie nicht mehr begründet sind.

**§ 78** *Absätze 1 und 4*

<sup>1</sup> Werden Gegenstände des betriebsnotwendigen Anlagevermögens ersetzt, können die stillen Reserven auf die als Ersatz erworbenen Anlagegüter übertragen werden, wenn diese ebenfalls betriebsnotwendig sind und sich in der Schweiz befinden. Vorbehalten bleibt die Besteuerung beim Ersatz von Liegenschaften durch Gegenstände des beweglichen Vermögens.

<sup>4</sup> Beim Ersatz von Beteiligungen können die stillen Reserven auf eine neue Beteiligung übertragen werden, sofern die veräusserte Beteiligung mindestens 10 Prozent des Grund- oder Stammkapitals oder mindestens 10 Prozent des Gewinns und der Reserven der anderen Gesellschaft ausmacht und diese Beteiligung während mindestens eines Jahres im Besitz der Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft war.

**§ 79** *Sachüberschrift und Absatz 3*

Gewinn von Vereinen, Stiftungen und kollektiven Kapitalanlagen

<sup>3</sup> Die kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz unterliegen der Gewinnsteuer für den Ertrag aus direktem Grundbesitz.

**§ 81** *Kapitalgesellschaften und Genossenschaften*

Die Steuer je Einheit der Kapitalgesellschaften und Genossenschaften beträgt 1,5 Prozent des Reingewinns.



**§ 82** *Absatz 1*

<sup>1</sup> Die Gewinnsteuer einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft ermässigt sich im Verhältnis des Nettoertrags aus den Beteiligungsrechten zum gesamten Reingewinn, wenn die Gesellschaft oder Genossenschaft

- a. zu mindestens 10 Prozent am Grund- oder Stammkapital einer anderen Gesellschaft beteiligt ist,
- b. zu mindestens 10 Prozent am Gewinn und an den Reserven einer anderen Gesellschaft beteiligt ist oder
- c. Beteiligungsrechte im Verkehrswert von mindestens 1 Million Franken hält.

**§ 83** *Absatz 2b*

<sup>2</sup> Kapitalgewinne und Buchgewinne infolge Aufwertung gemäss Artikel 670 OR<sup>6</sup> werden bei der Berechnung der Ermässigung gemäss § 82 nur berücksichtigt,

- b. wenn die veräusserte Beteiligung mindestens 10 Prozent des Grund- oder Stammkapitals einer anderen Gesellschaft betrug oder einen Anspruch auf mindestens 10 Prozent des Gewinns und der Reserven einer anderen Gesellschaft begründete und während mindestens eines Jahres im Besitz der veräussernden Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft war; fällt die Beteiligungsquote infolge Teilveräusserung unter 10 Prozent, kann die Ermässigung für jeden folgenden Veräusserungsgewinn nur beansprucht werden, wenn die Beteiligungsrechte am Ende des Steuerjahres vor dem Verkauf einen Verkehrswert von mindestens 1 Million Franken hatten.

**§ 87** *Absatz 1*

<sup>1</sup> Die Steuer je Einheit der Vereine, Stiftungen und übrigen juristischen Personen beträgt 1,5 Prozent des Reingewinns.

**§ 88** *Kollektive Kapitalanlagen*

Die Steuer je Einheit der kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz beträgt 1,5 Prozent des Reingewinns.

**§ 92** *Absatz 1b*

<sup>1</sup> Als steuerbares Eigenkapital gilt:

- b. bei kollektiven Kapitalanlagen der auf den direkten Grundbesitz entfallende Anteil am Reinvermögen.

<sup>6</sup> SR 220

**§ 93** *Absatz 2*

<sup>2</sup> Eigenkapital unter 100 000 Franken von Vereinen, Stiftungen und übrigen juristischen Personen mit Ausnahme der kollektiven Kapitalanlagen wird nicht besteuert.

**§ 95** *Absatz 1*

<sup>1</sup> Die Kapitalgesellschaften und Genossenschaften entrichten anstelle der ordentlichen Steuern eine Minimalsteuer von 1 Promille des Steuerwerts der im Kanton Luzern gelegenen Grundstücke, wenn der Minimalsteuerbetrag die sich nach den §§ 72–94 ergebenden Steuern übersteigt. Massgebend ist der Steuerwert am Ende der Steuerperiode.

**§ 100**

Die Gesamtbelastung der Korporationsgemeinden durch die Staats- und Gemeindesteuern (Reingewinn- und Kapitalsteuer) darf 12 Prozent des steuerbaren Reingewinns nicht übersteigen, muss aber mindestens 1 Promille des steuerbaren Eigenkapitals betragen.

**§ 110** *Absatz 3*

<sup>3</sup> Als steuerbares Vermögen gilt die pfandgesicherte Forderung. Die Steuer beträgt 3 Promille des steuerbaren Vermögens.

**§ 146** *Absatz 3 (neu)*

<sup>3</sup> Zudem haben Kapitalgesellschaften und Genossenschaften das ihrer Veranlagung zur Gewinnsteuer dienende Eigenkapital am Ende der Steuerperiode oder der Steuerpflicht auszuweisen. Dieses besteht aus dem einbezahlten Grund- oder Stammkapital, den in der Handelsbilanz ausgewiesenen Einlagen, Aufgeldern und Zuschüssen im Sinn von § 27 Absatz 4, den offenen und den aus versteuertem Gewinn gebildeten stillen Reserven sowie aus jenem Teil des Fremdkapitals, dem wirtschaftlich die Bedeutung von Eigenkapital zukommt.

**§ 150** *Absatz 4*

<sup>4</sup> Die kollektiven Kapitalanlagen mit direktem Grundbesitz müssen den Veranlagungsbehörden für jede Steuerperiode eine Bescheinigung über alle Verhältnisse einreichen, die für die Besteuerung des direkten Grundbesitzes und dessen Erträge massgeblich sind.

**§ 160** *Absätze 2 und 3*

werden aufgehoben.

**§ 161** *Sachüberschrift und Absatz 1*

Einsprucherecht

Absatz 1 wird aufgehoben.

**§ 174** *Sachüberschrift*

Ordentliche Nachsteuer

**§ 176** *Absatz 1*

<sup>1</sup> Die Einleitung des Nachsteuerverfahrens wird schriftlich eröffnet. Wenn bei Einleitung des Nachsteuerverfahrens ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung weder eingeleitet wird, noch hängig ist, noch von vornherein ausgeschlossen werden kann, wird die steuerpflichtige Person auf die Möglichkeit der späteren Einleitung eines solchen Strafverfahrens aufmerksam gemacht.

**§ 178a** *(neu)*

*Vereinfachte Nachbesteuerung von Erbinnen und Erben*

<sup>1</sup> Alle Erbinnen und Erben haben unabhängig voneinander Anspruch auf eine vereinfachte Nachbesteuerung der von der Erblasserin oder vom Erblasser hinterzogenen Bestandteile von Vermögen und Einkommen, wenn

- a. die Hinterziehung keiner Steuerbehörde bekannt ist,
- b. sie die Verwaltung bei der Feststellung der hinterzogenen Vermögens- und Einkommenselemente vorbehaltlos unterstützen und
- c. sie sich ernstlich um die Bezahlung der geschuldeten Nachsteuer bemühen.

<sup>2</sup> Die Nachsteuer wird für die letzten drei vor dem Todesjahr abgelaufenen Steuerperioden nach den Vorschriften über die ordentliche Veranlagung berechnet und samt Verzugszins nachgefordert.

<sup>3</sup> Die vereinfachte Nachbesteuerung ist ausgeschlossen, wenn die Erbschaft amtlich oder konkursamtlich liquidiert wird.

<sup>4</sup> Auch eine mit der Willensvollstreckung oder der Erbschaftsverwaltung beauftragte Person kann um eine vereinfachte Nachbesteuerung ersuchen.

**§ 211** *Absätze 3 und 4 sowie 5 (neu)*

<sup>3</sup> Zeigt die steuerpflichtige Person erstmals eine Steuerhinterziehung selbst an, wird von einer Strafverfolgung abgesehen (straflose Selbstanzeige), wenn

- a. die Hinterziehung keiner Steuerbehörde bekannt ist,
- b. sie die Verwaltung bei der Festsetzung der Nachsteuer vorbehaltlos unterstützt und
- c. sie sich ernstlich um die Bezahlung der geschuldeten Nachsteuer bemüht.

<sup>4</sup> Bei jeder weiteren Selbstanzeige wird die Busse unter den Voraussetzungen nach Absatz 3 auf einen Fünftel der hinterzogenen Steuer ermässigt.

<sup>5</sup> In besonders leichten Fällen kann von der Erhebung einer Busse abgesehen werden.

### **§ 213** *Absatz 3 (neu)*

<sup>3</sup> Zeigt sich eine Person nach Absatz 1 erstmals selbst an und sind die Voraussetzungen nach § 211 Absätze 3a und b erfüllt, wird von einer Strafverfolgung abgesehen und die Solidarhaftung entfällt.

### **§ 214** *Absätze 1 sowie 4 (neu)*

<sup>1</sup> Wer Nachlasswerte, zu deren Bekanntgabe er im Inventarverfahren verpflichtet ist, verheimlicht oder beiseiteschafft in der Absicht, sie der Inventaraufnahme zu entziehen, sowie wer zu einer solchen Handlung anstiftet, dazu Hilfe leistet oder eine solche Tat begünstigt, wird mit Busse bestraft.

<sup>4</sup> Zeigt sich eine Person nach Absatz 1 erstmals selbst an, wird von einer Strafverfolgung wegen Verheimlichung oder Beiseiteschaffung von Nachlasswerten im Inventarverfahren und wegen allfälliger anderer in diesem Zusammenhang begangener Straftaten abgesehen (straflose Selbstanzeige), wenn

- a. die Widerhandlung keiner Steuerbehörde bekannt ist und
- b. die Person die Verwaltung bei der Berichtigung des Inventars vorbehaltlos unterstützt.

### **§ 216** *Steuerhinterziehung von Ehegatten*

Die steuerpflichtige Person, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe lebt, wird nur für die Hinterziehung ihrer eigenen Steuerfaktoren gebüsst. Vorbehalten bleibt § 213. Die Mitunterzeichnung der Steuererklärung stellt für sich allein keine Widerhandlung nach § 213 dar.

### **§ 217a** *(neu)*

#### *Selbstanzeige bei juristischen Personen*

<sup>1</sup> Zeigt eine steuerpflichtige juristische Person erstmals eine in ihrem Geschäftsbetrieb begangene Steuerhinterziehung selbst an, wird von einer Strafverfolgung abgesehen (straflose Selbstanzeige), wenn

- a. die Hinterziehung keiner Steuerbehörde bekannt ist,
- b. sie die Verwaltung bei der Festsetzung der Nachsteuer vorbehaltlos unterstützt und
- c. sie sich ernstlich um die Bezahlung der geschuldeten Nachsteuer bemüht.

<sup>2</sup> Die straflose Selbstanzeige kann auch eingereicht werden:

- a. nach einer Änderung der Firma oder einer Verlegung des Sitzes innerhalb der Schweiz,
- b. nach einer Umwandlung nach den Artikeln 53–68 des Fusionsgesetzes vom 3. Oktober 2003 (FusG)<sup>7</sup> durch die neue juristische Person für die vor der Umwandlung begangenen Steuerhinterziehungen,
- c. nach einer Absorption (Art. 3 Abs. 1a FusG) oder Abspaltung (Art. 29 Unterabs. b FusG) durch die weiterbestehende juristische Person für die vor der Absorption oder Abspaltung begangenen Steuerhinterziehungen.

<sup>3</sup> Die straflose Selbstanzeige muss von den Organen oder Vertretungen der juristischen Person eingereicht werden. Von einer Strafverfolgung gegen diese Organe oder Vertretungen wird abgesehen und ihre Solidarhaftung entfällt.

<sup>4</sup> Zeigt ein ausgeschiedenes Organmitglied oder eine ausgeschiedene Vertretung der juristischen Person diese wegen Steuerhinterziehung erstmals an und ist die Steuerhinterziehung keiner Steuerbehörde bekannt, wird von einer Strafverfolgung der juristischen Person, sämtlicher aktueller und ausgeschiedener Mitglieder der Organe und sämtlicher aktueller und ausgeschiedener Vertretungen abgesehen. Ihre Solidarhaftung entfällt.

<sup>5</sup> Bei jeder weiteren Selbstanzeige wird die Busse unter den Voraussetzungen nach Absatz 1 auf einen Fünftel der hinterzogenen Steuer ermässigt.

<sup>6</sup> Nach Beendigung der Steuerpflicht einer juristischen Person in der Schweiz kann keine Selbstanzeige mehr eingereicht werden.

## § 219 Absatz 2

<sup>2</sup> Die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Steuerhinterziehung wird der betroffenen Person schriftlich mitgeteilt. Es wird ihr Gelegenheit gegeben, sich zu der gegen sie erhobenen Anschuldigung zu äussern. Sie wird auf das Recht hingewiesen, die Aussage und ihre Mitwirkung zu verweigern.

## § 220 Absatz 2

<sup>2</sup> Beweismittel aus einem Nachsteuerverfahren dürfen in einem Steuerstrafverfahren wegen Steuerhinterziehung nur dann verwendet werden, wenn sie weder unter Androhung einer Veranlagung nach pflichtgemässen Ermessen (§ 152 Abs. 2) mit Umkehr der Beweislast nach § 154 Absatz 4 noch unter Androhung einer Busse wegen Verletzung von Verfahrenspflichten beschafft wurden.

<sup>7</sup> SR 221.301

**§ 225** *Absatz 3 (neu)*

<sup>3</sup> Liegt eine Selbstanzeige nach § 211 Absatz 3 oder § 217a Absatz 1 vor, wird von einer Strafverfolgung wegen allen anderen Straftaten abgesehen, die zum Zweck dieser Steuerhinterziehung begangen wurden. Diese Bestimmung ist auch in den Fällen nach § 213 Absatz 3 und § 217a Absätze 3 und 4 anwendbar.

**§ 226** *Absatz 3 (neu)*

<sup>3</sup> Liegt eine Selbstanzeige nach § 211 Absatz 3 oder § 217a Absatz 1 vor, wird von einer Strafverfolgung wegen Veruntreuung von Quellensteuern und anderen Straftaten, die zum Zweck der Veruntreuung von Quellensteuern begangen wurden, abgesehen. Diese Bestimmung ist auch in den Fällen nach § 213 Absatz 3 und § 217a Absätze 3 und 4 anwendbar.

**§ 258a** *(neu)**Nachsteuer bei Erbgängen*

Auf Erbgängen, die vor Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen und die Einführung der straflosen Selbstanzeige vom 20. März 2008 eröffnet wurden, sind die Bestimmungen über die Nachsteuern nach bisherigem Recht anwendbar.

**II.**

Folgende Erlasse werden gemäss Anhang geändert:

- a. Gesetz betreffend die Erbschaftssteuern vom 27. Mai 1908<sup>8</sup>,
- b. Gesetz über die Handänderungssteuer vom 28. Juni 1983<sup>9</sup>,
- c. Gesetz über die Grundstückgewinnsteuer vom 31. Oktober 1961<sup>10</sup>,
- d. Gesetz vom 28. Juli 1919 betreffend die teilweise Abänderung des Steuergesetzes vom 30. November 1892<sup>11</sup>,
- e. Gesetz über die steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven vom 13. September 1988<sup>12</sup>.

<sup>8</sup> SRL Nr. 630

<sup>9</sup> SRL Nr. 645

<sup>10</sup> SRL Nr. 647

<sup>11</sup> SRL Nr. 652

<sup>12</sup> SRL Nr. 861

### III.

1. Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten der §§ 18 Sachüberschrift sowie Absatz 3, 22 Absatz 1, 25 Absatz 2, 25b, 27 Absätze 1c und e sowie 3, 27a, 39 Absatz 2, 40 Absatz 1a, 43 Absatz 3, 57 Absatz 6, 60 Absatz 3, 62, 63 Absatz 2, § 70 Absatz 1k sowie n, 76 Absatz 4, 79 Sachüberschrift und Absatz 3, 92 Absatz 1b, § 93 Absatz 2, 110 Absatz 3, 150 Absatz 4, 174 Sachüberschrift, 176 Absatz 1, 178a, 211 Absätze 3 und 4 sowie 5, 213 Absatz 3, 214 Absätze 1 sowie 4, 216, 217a, 219 Absatz 2, 220 Absatz 2, 225 Absatz 3, 226 Absatz 3 und 258a des Steuergesetzes sowie von § 5 Absatz 1 Ziffer 3 und § 13 Absatz 1 Ziffer 4 des Gesetzes über die Grundstückgewinnsteuer und von § 9a des Gesetzes über die steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven.<sup>13</sup>
2. Die §§ 81, 87 Absatz 1 und 88 des Steuergesetzes treten am 1. Januar 2012 in Kraft.
3. Die übrigen Änderungen treten am 1. Januar 2011 in Kraft.

### IV.

Die Änderungen unterliegen dem fakultativen Referendum.<sup>14</sup>

Luzern, 9. März 2009

Im Namen des Kantonsrates  
Der Präsident: Adrian Borgula  
Der Staatsschreiber: Markus Hodel

<sup>13</sup> Der Regierungsrat setzte die §§ 25 Absatz 2, 25b, 27 Absätze 1c und 3, 57 Absatz 6, 60 Absatz 3, 76 Absatz 4 und 110 Absatz 3 des Steuergesetzes mit Beschluss vom 27. Oktober 2009 (K 2009 2990) rückwirkend auf den 1. Januar 2009 in Kraft. Die §§ 18 Sachüberschrift sowie Absatz 3, 22 Absatz 1, 27 Absatz 1e, 27a, 39 Absatz 2, 40 Absatz 1a, 43 Absatz 3, 63 Absatz 2, 70 Absatz 1k sowie n, 79 Sachüberschrift und Absatz 3, 92 Absatz 1b, 93 Absatz 2, 150 Absatz 4, 174 Sachüberschrift, 176 Absatz 1, 178a, 211 Absätze 3 und 4 sowie 5, 213 Absatz 3, 214 Absätze 1 sowie 4, 216, 217a, 219 Absatz 2, 220 Absatz 2, 225 Absatz 3, 226 Absatz 3 und 258a des Steuergesetzes sowie § 5 Absatz 1 Ziffer 3 und § 13 Absatz 1 Ziffer 4 des Gesetzes über die Grundstückgewinnsteuer und § 9a des Gesetzes über die steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven setzte der Regierungsrat mit demselben Beschluss auf den 1. Januar 2010 in Kraft. Auf den 1. Januar 2011 setzte er ferner § 62 des Steuergesetzes in Kraft.

<sup>14</sup> Gegen die Gesetzesänderung wurde das Referendum ergriffen. In der Volksabstimmung vom 27. September 2009 wurde die Änderung angenommen (K 2009 2709).

**Anhang****Änderung von Erlassen im Zusammenhang mit der Änderung des Steuergesetzes****a. Gesetz betreffend die Erbschaftssteuern**

Das Gesetz betreffend die Erbschaftssteuern vom 27. Mai 1908<sup>15</sup> wird wie folgt geändert:

**§ 11** *Absatz 2*

wird aufgehoben.

**b. Gesetz über die Handänderungssteuer**

Das Gesetz über die Handänderungssteuer vom 28. Juni 1983<sup>16</sup> wird wie folgt geändert:

**§ 7** *Absatz 2*

<sup>2</sup> Ist der Erwerbspreis nicht feststellbar, zum Beispiel bei Tausch, Schenkung oder Erbgang, ist die Steuer bei Grundstücken mit einer land- oder forstwirtschaftlichen Ertragswertschätzung von dem um 200 Prozent erhöhten Katasterwert, bei den übrigen Grundstücken vom Katasterwert zu berechnen. Das gleiche gilt, wenn der unter nahestehenden Personen vereinbarte Erwerbspreis diese Werte nicht erreicht. Liegt das Grundstück, das eine landwirtschaftliche Ertragswertschätzung aufweist, in der Bauzone, ist die Steuer vom Verkehrswert zu ermitteln.

**c. Gesetz über die Grundstückgewinnsteuer**

Das Gesetz über die Grundstückgewinnsteuer vom 31. Oktober 1961<sup>17</sup> wird wie folgt geändert:

<sup>15</sup> SRL Nr. 630

<sup>16</sup> SRL Nr. 645

<sup>17</sup> SRL Nr. 647



**§ 1**     *Absatz 2 Ziffer 2*

wird aufgehoben.

**§ 4**     *Absatz 1 Ziffer 6*

<sup>1</sup> Die Besteuerung wird aufgeschoben:

6. bei vollständiger oder teilweiser Veräußerung eines selbstbewirtschafteten land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücks, soweit der Veräußerungserlös zwei Jahre vor oder nach der Veräußerung zum Erwerb eines selbstbewirtschafteten Ersatzgrundstücks in der Schweiz oder zur Verbesserung der eigenen, selbstbewirtschafteten land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücke verwendet wird;

**§ 5**     *Absatz 1 Ziffer 3 (neu)*

<sup>1</sup> Von der Grundstückgewinnsteuer sind befreit:

3. die ausländischen Staaten für ihre inländischen, ausschliesslich dem unmittelbaren Gebrauch der diplomatischen und konsularischen Vertretungen bestimmten Liegenschaften sowie die von der Steuerpflicht befreiten institutionellen Begünstigten nach Artikel 2 Absatz 1 des Gaststaatgesetzes vom 22. Juni 2007 für die Liegenschaften, die Eigentum der institutionellen Begünstigten sind und die von deren Dienststellen benützt werden.

**§ 13**    *Absatz 1 Ziffer 4*

wird aufgehoben.

**d. Gesetz betreffend die teilweise Abänderung des Steuergesetzes vom 30. November 1892**

Das Gesetz vom 28. Juli 1919 betreffend die teilweise Abänderung des Steuergesetzes vom 30. November 1892<sup>18</sup> wird wie folgt geändert:

**§ 33**

Die Einwohnergemeinden können beschliessen, von dem Vermögen, das an Nachkommen von Erblasserinnen oder Erblassern geht, eine Erbschaftsteuer zu beziehen. Den Nachkommen gleichgestellt sind Adoptivkinder, uneheliche Nachkommen ohne gesetzliches Erbrecht, Stiefkinder sowie Pflegekinder, sofern das Pflegeverhältnis mindestens zwei Jahre bestanden hat.

<sup>18</sup> SRL Nr. 652

**e. Gesetz über die steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven**

Das Gesetz über die steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven vom 13. September 1988<sup>19</sup> wird wie folgt geändert:

**§ 9a** (neu)

*Übergangsbestimmung der Änderung vom 9. März 2009*

<sup>1</sup> Arbeitsbeschaffungsreserven nach diesem Gesetz können dem Bundesgesetz entsprechend bis zum 30. Juni 2008 gebildet werden.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat regelt die Auflösung der bestehenden Arbeitsbeschaffungsreserven analog zum Bundesrecht.

<sup>3</sup> Er wird ermächtigt, nach deren Auflösung dieses Gesetz aufzuheben.

<sup>19</sup> SRL Nr. 861

Nr. 621

## **Steuerverordnung**

Änderung vom 27. Oktober 2009\*

*Der Regierungsrat des Kantons Luzern,  
auf Antrag des Finanzdepartementes,  
beschliesst:*

### **I.**

Die Steuerverordnung vom 12. Dezember 2000<sup>1</sup> wird wie folgt geändert:

#### **§ 20a**

wird aufgehoben.

#### **§ 20b Absatz 2**

<sup>2</sup> In Bezug auf die Beteiligungsquote und die Anzahl Titel sind diejenigen Werte verbindlich, die für die Vermögenssteuer gelten.

#### **§ 22 Absatz 2**

wird aufgehoben.

#### **§ 30**

wird aufgehoben.

\*G 2009 339

<sup>1</sup> G 2000 430

**II.**

1. Die Änderung der §§ 20a und 20b Absatz 2 tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2009 in Kraft. Die Änderung der §§ 22 Absatz 2 und 30 tritt am 1. Januar 2011 in Kraft.
2. Die Änderung ist zu veröffentlichen.

Luzern, 27. Oktober 2009

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Max Pfister

Der Staatsschreiber: Markus Hodel

Nr. 502

## **Verordnung zum Gesetz über die Gymnasialbildung**

Änderung vom 27. Oktober 2009\*

*Der Regierungsrat des Kantons Luzern,  
auf Antrag des Bildungs- und Kulturdepartementes,  
beschliesst:*

### **I.**

Die Verordnung zum Gesetz über die Gymnasialbildung vom 19. Juni 2001<sup>1</sup> wird wie folgt geändert:

#### **§ 1 Absatz 1**

<sup>1</sup> Der Kanton führt Gymnasien an folgenden Standorten:

Kantonsschule Beromünster	Langzeitgymnasium
Kantonsschule Luzern	Langzeitgymnasium / Sport- und Musikgymnasium
Kantonsschule Musegg, Luzern	Kurzzeitgymnasium
Kantonsschule Reussbühl	Langzeitgymnasium / Kurzzeitgymnasium Maturitätsschule für Erwachsene
Kantonsschule Schüpfheim	Kurzzeitgymnasium / Gymnasium Plus
Kantonsschule Seetal, Baldegg	Langzeitgymnasium / Kurzzeitgymnasium
Kantonsschule Sursee	Langzeitgymnasium / Kurzzeitgymnasium
Kantonsschule Willisau	Langzeitgymnasium / Kurzzeitgymnasium

\*G 2009 341

<sup>1</sup> G 2001 170

**§ 2**     *Absatz 2*

<sup>2</sup> Die Maturitätsprüfungen richten sich nach dem Reglement über die Maturitätsprüfungen im Kanton Luzern vom 15. April 2008<sup>2</sup>.

**§ 8**     *Absätze 1 und 4*

<sup>1</sup> Für Studierende mit Musik als Maturafach (Grundlagenfach, Schwerpunktfach oder Ergänzungsfach) und für Studierende mit Schwerpunktfach Philosophie/Psychologie/Pädagogik ist der Unterricht in einem Instrument oder in Sologesang obligatorisch. Zudem sind diese Studierenden verpflichtet, in einem ihrem Ausbildungsstand entsprechenden Ensemble, Chor oder Orchester der Gymnasien mitzuwirken. Die Schulleitung kann das Mitwirken in einem Ensemble einer Musikschule als Erfüllung des Ensemble-Obligatoriums anerkennen.

<sup>4</sup> Die Lektionen im Einzelunterricht dauern in der Regel 40 Minuten.

**§ 20**    *Absätze 2–4*

<sup>2</sup> Am Ende des Schuljahres entscheidet die Klassenkonferenz über die Promotion oder die Entlassung. In begründeten Fällen ist die Versetzung in eine tiefere Klasse möglich, sofern dafür eine schulpsychologische Empfehlung vorliegt.

<sup>3</sup> Definitiv aufgenommen wird, wer die Voraussetzungen der Promotion gemäss § 33 oder § 33a erfüllt.

<sup>4</sup> Bei einem Eintritt im zweiten Semester kann die Klassenkonferenz die Probezeit um ein Jahr verlängern, wenn begründete Aussicht besteht, dass die oder der Lernende sich die fehlenden Kenntnisse noch aneignen wird.

**§ 21**    *Absatz 4*

<sup>4</sup> Die Schulleitung kann Gäste als ordentliche Lernende aufnehmen, sofern sie die Promotionsbedingungen gemäss § 33 oder § 33a erfüllen.

**§ 26**    *Absätze 1 sowie 3 und 4 (neu)*

<sup>1</sup> Die Lernenden erhalten am Ende jeden Semesters ein Zeugnis.

<sup>3</sup> Massgebend für die Promotion ist das Zeugnis am Ende des Schuljahres. Das Zeugnis am Ende des ersten, des dritten und des fünften Semesters hat nur informativen Charakter.

<sup>4</sup> In den Promotionsfächern gelten die Noten im Jahreszeugnis als Jahresnoten, unabhängig davon, ob sie ein Semester oder ein Jahr unterrichtet wurden.

<sup>2</sup> SRL Nr. 506. Auf diesen Erlass wird im Folgenden nicht mehr hingewiesen.

**§ 30** *Absatz 2*

<sup>2</sup> Die Zeugnisnoten an Langzeit- und Kurzzeitgymnasien setzen sich aus der Bewertung von mindestens zwei schriftlichen oder gleichwertig dokumentierten Arbeiten je Semester zusammen. Die Schulleitung kann Ausnahmen vorsehen.

**§ 31** *Zwischenberichte*

Sofern die Promotion von Lernenden eines Langzeit- oder Kurzzeitgymnasiums gefährdet oder deren Verhalten ungenügend ist, kann die Schule während des Schuljahres mündliche oder schriftliche Zwischenberichte abgeben.

**§ 33** *Promotion an Langzeit- und Kurzzeitgymnasien*

<sup>1</sup> An den Langzeit- und Kurzzeitgymnasien entscheidet die Klassenkonferenz am Ende des Schuljahres über die Promotion der Lernenden in das nächste Schuljahr.

<sup>2</sup> Bei schuljahrübergreifenden Auszeiten entscheidet die Klassenkonferenz über die Promotion nach der Rückkehr der Lernenden auf der Basis der Noten aus den beiden Teil-Schuljahren.

<sup>3</sup> Lernende werden promoviert, wenn ihr Jahreszeugnis

- a. einen Durchschnitt gemäss § 34 Absatz 1 von mindestens 4,00 und in den Promotionsfächern gemäss § 34 Absatz 2 höchstens eineinhalb Mangelpunkte oder
- b. einen Durchschnitt von mindestens 4,30 und höchstens zwei Mangelpunkte aufweist.

<sup>4</sup> Von den Bestimmungen über die Wirkung der Einzelnoten können Ausnahmen gemacht werden, wenn schwere gesundheitliche Störungen oder andere triftige Gründe ungenügende Leistungen in einzelnen Fächern milder beurteilen lassen.

**§ 33a** *(neu)**Promotion an der Maturitätsschule für Erwachsene (neu)*

<sup>1</sup> An der Maturitätsschule für Erwachsene entscheidet die Klassenkonferenz am Ende des zweiten und des vierten Semesters über die Promotion der Lernenden in das nächste Schuljahr.

<sup>2</sup> Lernende werden promoviert, wenn in ihrem Jahreszeugnis die doppelte Summe ihrer Mangelpunkte nicht grösser ist als die einfache Summe ihrer Pluspunkte.

<sup>3</sup> Von den Bestimmungen über die Wirkung der Einzelnoten können Ausnahmen gemacht werden, wenn schwere gesundheitliche Störungen oder andere triftige Gründe ungenügende Leistungen in einzelnen Fächern milder beurteilen lassen.

<sup>4</sup> Die Promotion kann Lernenden verweigert werden, wenn sie mehr als einen Sechstel der erteilten Unterrichtsstunden nicht besucht haben.

**§§ 35–37**

werden aufgehoben.

**§ 38** *Wiederholung von Schuljahren*

<sup>1</sup> Lernende, welche die Promotionsbedingungen nicht erfüllen, haben das Schuljahr zu wiederholen.

<sup>2</sup> Lernende dürfen in der Regel nur einmal ein Schuljahr wiederholen. Eine zweite Wiederholung ist nur möglich, wenn dafür eine schulpsychologische Empfehlung vorliegt.

<sup>3</sup> Eine Wiederholung des ersten Schuljahres an Langzeit- und Kurzzeitgymnasien ist in der Regel nicht möglich.

<sup>4</sup> Das gleiche Schuljahr kann nur einmal wiederholt werden.

<sup>5</sup> Für Lernende, welche die Maturitätsprüfung nicht bestanden haben, gelten die Absätze 2 und 4 nicht.

<sup>6</sup> An der Maturitätsschule für Erwachsene können der Vorkurs sowie ein weiteres Schuljahr wiederholt werden.

**§ 44** *Absatz 3 (neu)*

<sup>3</sup> Die Absenzen an Langzeit- und Kurzzeitgymnasien werden jeweils Ende Semester abgerechnet und im Jahreszeugnis semesterweise ausgewiesen.

**§ 44a** *(neu)**Ausschluss aus der Maturitätsschule für Erwachsene*

Lernende, welche ihren Zahlungspflichten trotz Mahnung nicht nachkommen, können von der Maturitätsschule für Erwachsene ausgeschlossen werden.

**§ 45a** *Sicherheit beim Schwimmen und Baden*

Bei den Langzeit- und den Kurzzeitgymnasien muss das Schwimmen und Baden im schulischen Rahmen, insbesondere während des Schwimmunterrichts, auf Schulreisen, Ausflügen und Anlässen jeder Art, von mindestens einer erwachsenen Person überwacht werden, die über das Brevet I (Rettungsschwimmen) der Schweizerischen Lebensrettungs-Gesellschaft (SLRG) verfügt, dessen letzte Erneuerung im Rahmen eines Weiterbildungskurses nicht mehr als vier Jahre zurückliegt.



## II.

Lernende, welche am Ende des 2. Semesters des Schuljahres 2009/10 bedingt promoviert werden, haben am Ende des Schuljahres 2010/11 die Promotionsbedingungen zu erfüllen.

## III.

Das Reglement über den Passerellen-Lehrgang und die Ergänzungsprüfungen für die Zulassung von Inhaberinnen und Inhabern einer Berufsmaturität zu den universitären Hochschulen vom 16. November 2004<sup>3</sup> wird wie folgt geändert:

### § 3 *Absatz 1*

<sup>1</sup> Die kantonale Maturitätskommission gemäss § 3 des Reglementes über die Maturitätsprüfungen im Kanton Luzern vom 15. April 2008 koordiniert und beaufsichtigt die Ergänzungsprüfungen.

## IV.

Die Promotionsordnung für den Schulversuch mit Jahrespromotion an der Kantonschule Luzern und an der Kantonsschule Seetal vom 4. April 2006<sup>4</sup> wird aufgehoben.

## V.

Die Änderung tritt am 1. August 2010 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

Luzern, 27. Oktober 2009

In Namen des Regierungsrates  
Der Präsident: Max Pfister  
Der Staatsschreiber: Markus Hodel

<sup>3</sup> SRL Nr. 506b

<sup>4</sup> G 2006 53 (SRL Nr. 502a)

## Inhalt

75. Steuergesetz	321
76. Steuerverordnung	339
77. Verordnung zum Gesetz über die Gymnasialbildung	341